Der Parteien-Staat

Gewaltenteilung existiert in Deutschland nur auf dem Papier

Tatsächlich wird alles von einer kleinen Elite kontrolliert.

von Jochen Mitschka

Wer entscheidet über die Vergabe von Richterämtern? Die Parteien. Wer entscheidet darüber, wer Gesetze beschließen darf? Die Parteien. Und bei wem liegt die exekutive Gewalt einschließlich Beamtenapparat, Polizei und Militär? Raten Sie! Hinzu kommt: Die oft als „vierte Gewalt" verklärte Presse ist alles andere als unabhängig. Die Parteien mischen über Rundfunkräte und ähnliche Gremien und mittels verschiedener Formen der Einflussnahme mit. Gewaltenteilung? Hieran stimmt nur, dass Gewalt weiterhin eine zentrale Ausdruckform der Machtkartelle darstellt. Von gegenseitiger Kontrolle kann jedoch keine Rede sein, und wer sich diesbezüglich auf die Medien verlässt, ist verlassen.

Immer wieder wird behauptet, dass Deutschland das Prinzip der Gewaltenteilung sozusagen „im Blut" hätte, und ganz ernst nehmen würde. Im Grundgesetz gibt es eine Reihe von Regelungen, die ausdrücklich eine horizontale und vertikale Gewaltenteilung vorsehen. Hinsichtlich der Justiz sagt Artikel 97 (1) GG [3]: „Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen."

Was allerdings nach Ansicht von Richter Udo Hochschild nicht der Fall ist. Bei seinen Argumentationen, die er auf seiner Seite **gewaltenteilung.de [4]** darlegt, macht Hochschild jedoch einen Fehler. Denn wenn er feststellt, dass es statt drei Säulen der Gewaltenteilung nur zwei gäbe, übersieht er eine gewichtige Tatsache. Eigentlich gibt es nur eine einzige Säule der staatlichen Gewalt in Deutschland. Rechnet man die Medien nun noch als Gewalt im Staat hinzu — als sogenannte „vierte Gewalt", ergäbe das wieder eine zweite Säule — wenn sich denn die Interessen derjenigen, welche die Macht über den Großteil der Medien haben, von jenen Interessen unterschieden, welche die Parteien bei Ausübung der Staatsmacht verfolgen.

► Die Justiz

Beginnen wir mit dem offensichtlichen Fall der Justiz, die der Exekutive untergeordnet ist, und damit keinerlei echte Eigenständigkeit aufweist. Die Seite gewaltenteilung.de verrät, dass der Europarat [5] die Bundesrepublik aufgefordert hatte, ein System der Selbstverwaltung der Justiz einzuführen und die Möglichkeit zu ächten, dass der Justizminister der Staatsanwaltschaft Weisungen erteilen kann.

Deutschland ignoriert diese Aufforderung des Europarats nach wie vor.

Dass Richterämter nach Parteizugehörigkeit oder -Neigung ernannt werden, wird niemanden verwundern, der mit offenen Augen durch die Welt geht. Die Politik, in Form eines Konsenses der staatstragenden Parteien, bestimmt über die Karriere von Richtern. Man könnte auch sagen: Die Richterämter werden in Hinterzimmern ausgeklüngelt.

Noch deutlicher wird es, wenn Politiker nach Aufgabe ihres Mandats zum Verfassungsrichter gekürt werden, und dann über die Gültigkeit eben jener Gesetze zu entscheiden haben, die sie oder ihre Parteifreunde selbst verabschiedet haben.

So schreibt die Wochenzeitung „Die Zeit" zur Ernennung des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Harbarth [6] zum neuen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes:

> „Still, fast geräuschlos ist in Berlin ein neuer Richter für das Bundesverfassungsgericht ausgesucht worden, ein Richter, der zudem in zwei Jahren wohl auch Präsident des wichtigsten Gerichts der Republik werden wird. [..] Auf Vorschlag der CDU soll in der kommenden Woche der Jurist Stephan Harbarth vom Bundestag zum Verfassungsrichter gewählt werden, zwei Jahre später wird er voraussichtlich Nachfolger des derzeitigen Gerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle [7]: erster Mann der dritten Gewalt.
>
> [. .] Roman Herzog [8] etwa war Innenminister von Baden-Württemberg, ehe er Präsident des Verfassungsgerichts wurde (anschließend kehrte er zurück in die Sphäre des Politischen, als er Bundespräsident wurde). Jutta Limbach, die bislang einzige Präsidentin des Verfassungsgerichts, war zuvor SPD-Justizsenatorin in Berlin gewesen. Derzeit sitzen bereits zwei ehemalige Politiker im Verfassungsgericht, Peter Müller [9], ehedem Ministerpräsident des Saarlandes, und Peter M. Huber [10], vor der Berufung an das Gericht Innenminister in Thüringen" [>Artikel [11] b. ZEIT ONLINE].

Das Grundgesetz schreibt vor, dass die Verfassungsrichter je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat gewählt werden. Also keineswegs vom Volk — den Wählern —, sondern von den Parteien, die selbst wiederum die Regierung durch Koalitionen bestimmen. Mit anderen Worten: Die möglichen Angeklagten suchen sich ihre Richter selbst aus. Wenn eine Studie der Universität Mannheim enthüllt, dass sich höchste Richter „bei ihren Entscheidungen manchmal auch von ihrer

Parteinähe leiten“ lassen, sollte das daher niemanden überraschen [>LTO-Artikel [12]].

Auch ohne auf die umfangreiche Begründung der Seite gewaltenteilung.de einzugehen, erkennt man, dass die Justiz eben nicht unabhängig von der Exekutive — oder genauer gesagt: nicht unabhängig von den Parteien — ist, die in der Regel die Regierung bilden, beziehungsweise die sich dabei abwechseln, die Regierung zu bilden.

Und so wird verständlich, warum sich noch kein einziges Regierungsmitglied vor einem Gericht hat verantworten müssen. Weder Altkanzler Kohl bei seiner Verweigerung, Parteispender zu benennen, noch Altkanzler Schröder, der selbst zugab, beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien das Völkerrecht gebrochen zu haben.

Kommen wir zur nächsten Säule der Gewaltenteilung.

► Die Exekutive

In vielen Ländern wird der Regierungschef direkt vom Volk gewählt. Er stellt die Regierung auf und bestimmt die Richtlinien der Politik. In Deutschland ist dies nicht der Fall. In Deutschland gibt der Wähler seine Stimme einer Partei, die zuvor wiederum einen Kanzlerkandidaten bestimmt hat. Ob und was dann irgendwann mal die Regierung tut, hängt vom „Koalitionsvertrag“ ab, der nichts mehr mit den Wahlprogrammen zu tun hat.

Mit anderen Worten: Die Exekutive wird nicht vom Wähler, sondern von Koalitionsverhandlungen bestimmt, die wiederum von Parteien geführt werden. Es gibt keine direkte Einflussnahme des Wählers auf die Regierungspolitik oder auf den Regierungschef. Alles wird durch die Parteien im deutschen Bundestag bestimmt. Mit anderen Worten: Diejenigen, die eigentlich die Regierung kontrollieren sollen, ernennen sie.

Und wenn ein Wähler unzufrieden mit der Situation ist, wird erklärt, er müsse wählen, um „das geringere Übel“ zu wählen, oder, um „Schlimmeres zu verhindern“. Tatsächlich geht es aber darum, eine ausreichende Wahlbeteiligung zu erreichen, damit die durch die Parteien geformte Regierung legitimiert wird.

Nun zur dritten, der vielleicht wichtigsten Säule der Gewaltenteilung.

► Die Legislative

Die angeblich „gesetzgebende Macht“ in Deutschland ist der deutsche Bundestag. Nun sehen wir einmal davon ab, dass ein großer Teil der Gesetze inzwischen von Lobbyverbänden vorgeschrieben oder von Beraterfirmen überarbeitet wird. Tatsache ist, dass die Regierung Gesetze einbringt, und diese dann im Parlament, also im Bundestag, besprochen und angenommen oder abgelehnt werden. Theoretisch hat also der Bundestag (bei zustimmungspflichtigen Gesetzen auch der Bundesrat) eine kontrollierende Funktion.

Aber wer ist denn „der Bundestag“? Im Bundestag sind die sogenannten „staatstragenden“ Parteien vertreten. Zwischen diesen besteht ein grundsätzlicher Konsens, und wer diesen Konsens nicht teilt, der wird nicht als mögliche Regierungspartei akzeptiert. Welche Veränderungen dann in einer Partei stattfinden, kann man an der Vergangenheit der Grünen studieren, und bei der Partei „Die Linke“ an der derzeitigen innerparteilichen Diskussion.

Mit anderen Worten: Die Parteien bestimmen im Bundestag, ob ein Gesetz angenommen oder abgelehnt wird. Dabei spielt der sogenannte, eigentlich rechtlich gar nicht zulässige, „Fraktionszwang“ eine große Rolle — sollte der Abgeordnete nicht schon von sich aus, unter Rücksicht auf Ruf und Karriere, angepasst genug sein.

Also diejenigen, die die Regierung ernannt haben, bestimmen darüber, ob ein Gesetz, das ihre Regierung vorgelegt hat, angenommen wird oder nicht. Um es anders zu erklären: Eine Holding beschließt, eine Firma zu gründen und mit einem Vorstand zu versehen, und setzt dann eigene Leute im Aufsichtsrat zur Kontrolle ein, damit der Vorstand nicht gegen die vorgegebene Politik verstößt. Kleinaktionäre werden als Beobachter gerne zugelassen. Die Holding gründet außerdem eine Reihe von Zulieferfirmen (Bundesrat) und geht mit diesen ebenso vor. Die Vorstände der Zulieferfirmen und des Hauptkonzerns gemeinsam bestimmen dann unter den aufmerksamen Augen der Aufsichtsräte die Zusammensetzung der Justiz und können innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches auch direkt in Gerichtsverfahren eingreifen.

Hochschild schreibt in seinem Fazit:

> „Die im Art. 20 Grundgesetz [13] vorgesehene organisatorische Dreiteilung der Staatsgewalt ist bis heute nicht erfolgt, die deutsche Gewaltenteilung erschöpft sich im Wesentlichen in einem Verfassungsgebot. Ob und in welchem Maße dieses Verfassungsgebot befolgt wird, hängt von dem guten Willen und der Rechtstreue der im Dienst der Öffentlichkeit handelnden Personen ab.
>
> Der seit dem 19. Jahrhundert unveränderte deutsche Staatsaufbau verhindert nicht die Bündelung von Macht in wenigen Händen: Eine politische Partei oder Parteienkoalition stellt die Mehrheit im Parlament sowie die Regierung und beherrscht beide Organe; der Justizapparat untersteht der Regierung. Damit werden Sinn und Zweck des Gewaltenteilungsprinzips verfehlt — der Rechtsstaat in Deutschland hat eine offene Flanke.“

Kommen wir zur inoffiziellen, zur „vierten Gewalt im Staat“.

► Die Medien

Zunächst verfügen die Parteien über ihre „politischen Stiftungen“ wohl bald über mehr als 1 Milliarde Euro an Steuergeldern, was zu einem beträchtlichen Teil in mediale Wirkung umgewandelt wird.

> „Laut der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb [14]) wächst die Zahl der NGOs ständig weiter. Dabei widerspricht die Bundesregierung sich selbst auf ihrer eigenen Website. Denn sie schreibt dort einerseits: ‚Auch wenn NGOs keiner politischen Partei zuzuordnen sind und sie für sich in Anspruch nehmen, allgemeine Gesellschaftsinteressen zu vertreten …‘ Somit wären NGOs grundsätzlich apolitisch. Andererseits erklärt die Bundesregierung parteinahe politische Stiftungen zu NGOs, um dann zusätzlich zur Parteinähe, die sich aus Personal, Programm und Mittelzuwendungen ergibt, einzuräumen, dass die Finanzierung deutscher NGO-Projekte im Ausland oft durch die Bundesregierung erfolgt.
>
> ‚Die Stiftungen treten in ihrer Entwicklungsarbeit als deutsche ‚Nichtregierungsorganisationen‘ (NGOs) auf. Die außen- und entwicklungspolitische Arbeit der Stiftungen wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ [15]), vom Auswärtigen Amt (AA [16]) und zu kleineren Teilen von anderen Ressorts finanziert“[>JM-Blog [17]].

Interessenvertretungen der Parteien, also Parteistiftungen, finanziert durch Steuergelder, werden also als „Nichtregierungsorganisationen“ bezeichnet und medial auch so behandelt.

Dann gibt es noch den sogenannten „Öffentlich-rechtlichen Rundfunk“.

> „Das Modell eines Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks hat versagt. Auch darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Nicht nur die privaten Medien beklagen unfairen Wettbewerb, auch das Verfassungsgericht befand die Einflussnahme der Parteien, im Sinne des Grundgesetzes, als zu groß. Und wer die schwache Rolle von Gewaltenteilung kennt, kann sich vorstellen, was ein solches Urteil wirklich bedeutet. Die Konsumenten ihrerseits sehen die GEZ-Gebühren als Zwang an, ohne dass sie dadurch einen Einfluss darauf erhalten, was ihnen vorgesetzt wird“ [>Artikel [18]].

Die Öffentlich-rechtlichen Medien werden durch die Parteien und dem zwischen ihnen vereinbarten Konsens und die Koalitionsvereinbarung beherrscht. Wer die derzeitige Berichterstattung zu Venezuela beobachtet, wird dem kaum widersprechen können.

Medien in Deutschland: Deutsche Medien und Journalisten sind aus historischen Gründen besonders eng in transatlantische Netzwerke eingebunden. Die Infografik gibt einen Überblick über die wichtigsten Akteure und Verbindungen. **Grafik: © SWISS PROPAGANDA RESEARCH** [19]. (Grafik bitte anklicken. Die neu erscheinende Grafik dann bitte noch ein 2. Mal zur Großansicht und besserer Lesbarkeit anklicken!!)

[20]

Sowohl Stiftungen als auch die Öffentlich-rechtlichen Medien stehen also, wie die Legislative, die Exekutive und die Justiz, unter der Kontrolle der Parteien. Bleibt die Gruppe der privaten Medien.

> „Medien gelten in Deutschland als ‚Tendenzbetriebe‘. Dies schränkt die Rechte der Mitarbeiter ein und stärkt die Rechte des Eigentümers. Mit anderen Worten, der Eigentümer bestimmt, was geschrieben, gesendet wird. Je weniger unabhängige Medienunternehmen es gibt, desto einseitiger wird natürlich die Berichterstattung. Denn je größer die Unternehmen werden, desto enger sind sie in die Welt der Konzerne und des Finanzwesens eingebunden“ [>Artikel [18]].

Wie uns die klassische Satire-Sendung „Die Anstalt“ in mehreren Beiträgen nahe gebracht hat, existiert keine echte Pluralität der Meinung mehr in den Medien. Vielmehr sind es große Konzerne, welche die Weltbilder, die für sie wichtig sind, durch ihre Medien verbreiten. Fünf Verlage kontrollieren mehr als die Hälfte der Medien. Und alle sind sich einig in den grundsätzlichen politischen Fragen, wie zum Beispiel der Notwendigkeit zu mehr Rüstung, dem gesellschaftlichen Nutzen der „unsichtbaren Hand des Marktes“ oder unserer „gemeinsamen Werte“ mit den USA.

Der Medien-Navigator 2022: Wie sind deutschsprachige Medien politisch und geopolitisch positioniert? Für den Medien-Navigator 2022 wurden insgesamt 80 verschiedene Publikationen untersucht. (Aktualisiert: Januar 2022). **Grafik: © SWISS PROPAGANDA RESEARCH** [19]. (Grafik bitte anklicken. Die neu erscheinende Grafik dann bitte noch ein 2. Mal zur Großansicht und besserer Lesbarkeit anklicken!!)

[21]

_____

Diese „vierte Macht im Staat“ könnte also nun tatsächlich eine gewisse Kontrollfunktion wahrnehmen, wenn sich denn die politischen Neigungen unterscheiden würden. Sehen wir den letzten Satz im vorherigen Absatz und beobachten wird die Entscheidungen der Regierung:

Zu Rüstung: Ausgaben verdoppeln auf einen Betrag, der den der Atommacht Russland übersteigt. Zur unsichtbaren Hand des Marktes: die deutsche Lohnpolitik muss „marktgerecht“ sein. Und wer die bedingungslose Vasallentreue hinsichtlich der Befolgung von US-Politik im Fall Venezuelas beobachtet, wird auch hierin die „gemeinsamen Werte“ erkennen.

Mit anderen Worten: Die vierte Gewalt im Staat, die Medien, sind in der Regel mit den Parteien auf einer Linie, weshalb keine Kontrolle erfolgt.

► Fazit

Womit nachgewiesen wäre, dass es keinerlei praktisch wirksame Gewaltenteilung oder -kontrolle in Deutschland gibt. Denn die großen Parteien bestimmen die Handlungen der Legislative, der Exekutive und der Justiz. Und über die Medien und „Nichtregierungsorganisationen“ der Parteien wirken die Parteien auf die Medien, sodass allenfalls die privaten Medien zur Kontrolle in der Lage wären, sollten ihre Weltbilder sich von denen des Parteienkonsenses unterscheiden. Was aber in Deutschland nicht der Fall ist.

Die Frage steht im Raum: Warum gehen Wähler überhaupt wählen? Immer wieder wird vor Wahlen in ihnen eine neue Hoffnung erzeugt, immer wieder wird auch ein Drohszenario aufgebaut, das es zu verhindern gilt. Und so erreicht der Parteienstaat es immer wieder, ausreichend viele Wähler an die Urnen zu rufen, damit diese dem Staat ihre Legitimation erteilen.

Aber bald sind ja wieder Wahlen. Europawahlen. Dann werden wir wieder für das „Friedensprojekt“ EU und gegen die bösen Nationalisten an die Urnen gerufen, während man uns vorgaukelt, die EU wäre Europa, und das EU-Parlament hätte gesetzgebende Gewalt.

Und wie immer werden wir aufgefordert werden, zuzustimmen, dass Europa drastisch für den Frieden aufrüstet, Renten und Löhne niedrig gehalten werden, damit die EU „konkurrenzfähig“ bleibt, und dass wir hohe Einkommen schonen, weil das ja gut für alle ist. Wir werden zustimmen, dass Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Universitäten an private Investoren verkauft werden, weil die das viel „wirtschaftlicher“ können als der Staat.

Und wir werden zustimmen, dass Milliarden an Steuergeldern für Beratungsunternehmen von außerhalb der EU ausgegeben werden, weil europäische — oder auch deutsche — Beamte angeblich nicht in der Lage sind, die EU beziehungsweise Deutschland zu verwalten.

Jochen Mitschka

_____

Jochen Mitschka, Jahrgang 1952, war unter anderem Unternehmensberater mit eigenem Unternehmen in Südostasien und einem kurzen Einsatz im Rahmen einer UNO-Maßnahme in Vietnam. Nebenbei verfasste er unter Pseudonymen Bücher über Politik und Gesellschaft der Region. Er kam 2009 zurück nach Deutschland, um bis zu seinem Ruhestand im August 2017 als angestellter Projektkoordinator und -manager für eine führende Softwarefirma zu arbeiten.

Seit seinem Ruhestand im Jahr 2017 schreibt er Artikel unter eigenem Namen für verschiedene alternative Internetseiten, übersetzt Bücher (Dirty War on Syria, MH17) und schreibt Bücher mit dem Schwerpunkt Außenpolitik. 2018 erschienen „Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg“; „Schattenkriege des Imperiums — Der Krieg gegen den Iran“, und in der gleichen Reihe „Die Zukunft Palästinas“; die E-Books „Israel 2018“ und „Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren“.

► **Quelle:** Dieser Artikel wurde am 23. März 2019 erstveröffentlicht bei RUBIKON >>rubikon.news/ [22] >> Artikel [23]. RUBIKON versteht sich als Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung, vertreten durch den Geschäftsführer Jens Wernicke. RUBIKON unterstützen >> **HIER [24]**.

Dieses Werk ist unter einer Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International lizenziert. >> CC BY-NC-ND 4.0 [25]). Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.

ACHTUNG: Die Bilder und Grafiken im Artikel sind nicht Bestandteil des Originalartikels und wurden von KN-ADMIN Helmut Schnug eingefügt. Für sie gelten ggf. andere Lizenzen, s.u..

► Bild- und Grafikquellen:

1. Holzhammer erschlägt Ei. Machtdenken ist in uns allen vorhanden. Wir sind empfänglich dafür, es ist Teil unserer Natur. **Foto**: stevepb / Steve Buissinne, Sedgefield/South Africa. **Quelle:** Pixabay [26]. Alle Pixabay-Inhalte dürfen kostenlos für kommerzielle und nicht-kommerzielle Anwendungen, genutzt werden - gedruckt und digital. Eine Genehmigung muß weder vom Bildautor noch von Pixabay eingeholt werden. Auch eine Quellenangabe ist nicht erforderlich. Pixabay-Inhalte dürfen verändert werden. Pixabay Lizenz [26]. >> Bild [27].

2. Justitia ist die Göttin der Gerechtigkeit. Die drei Attribute Augenbinde, Waage und Richtschwert sollen somit verdeutlichen, dass das Recht ohne Ansehen der Person (Augenbinde), nach sorgfältiger Abwägung der Sachlage (Waage) gesprochen und schließlich mit der nötigen Härte (Richtschwert) durchgesetzt wird. **Foto:** OpenClipart-Vectors. **Quelle:** Pixabay [26]. Alle Pixabay-Inhalte dürfen kostenlos für kommerzielle und nicht-kommerzielle Anwendungen, genutzt werden - gedruckt und digital. Eine Genehmigung muß weder vom Bildautor noch von Pixabay eingeholt werden. Auch eine Quellenangabe ist nicht erforderlich. Pixabay-Inhalte dürfen verändert werden. Pixabay Lizenz [26]. >> Grafik [28].

3. Statue der Justitia: Die drei Attribute Augenbinde, Waage und Richtschwert sollen somit verdeutlichen, dass das Recht ohne Ansehen der Person (Augenbinde), nach sorgfältiger Abwägung der Sachlage (Waage) gesprochen und schließlich mit der nötigen Härte (Richtschwert) durchgesetzt wird. **Foto:** jessica45. **Quelle:** Pixabay [26]. Alle Pixabay-Inhalte dürfen kostenlos für kommerzielle und nicht-kommerzielle Anwendungen, genutzt werden - gedruckt und digital. Eine Genehmigung muß weder vom Bildautor noch von Pixabay eingeholt werden. Auch eine Quellenangabe ist nicht erforderlich. Pixabay-Inhalte dürfen verändert werden. Pixabay Lizenz [26]. >> Foto [29].

4. Textgrafik:

> »Macht heißt, dass jemand die Möglichkeit hat, seine Interessen gegen andere durchsetzen zu können und Entscheidungen zu treffen, die ihm zu Gute kommen. Wer Macht hat, kann durchsetzen, was zu seinem Vorteil ist. Macht über andere zu haben bedeutet, andere dem eigenen Willen unterwerfen zu können. Macht ist die Kernkategorie des Politischen. Und deswegen ist es eigenartig und bemerkenswert, wenn Medien nicht mehr über Macht und Herrschaft reden. Das wäre so, als würde man in einer Akademie für Fische nicht über Wasser reden. Auf jeden Fall zeigt die Geschichte, dass das Streben nach Macht dazu neigt, unersättlich zu sein. Diese Gier führt uns zu den dunklen Seiten des Menschen, und sie hat im Laufe der Zivilisationsgeschichte gigantische Blutspuren hervorgebracht.« (Zitat Prof. Dr. Rainer Mausfeld).

Foto: Screenshot aus einem Video, indem KenFm ein Gespräch mit Mausfeld führt.**Inletidee:** KN-Admin Helmut Schnug, **Bildbearbeitung** Wilfried Kahrs (WiKa).

5. Konditionierung und Entdemokratisierung durch Fraktionszwang: Die Parteien bestimmen im Bundestag, ob ein Gesetz angenommen oder abgelehnt wird. Dabei spielt der sogenannte, eigentlich rechtlich gar nicht zulässige, „Fraktionszwang“ eine große Rolle — sollte der Abgeordnete nicht schon von sich aus, unter Rücksicht auf Ruf und Karriere, angepasst genug sein. **Grafikquelle:** Bildschirmfoto eines inzwischen gelöschten Musikvideos mit dem Songtitel Medien-Huren. Band: Uncore United. Album: Eure Wahrheit ist gelogen (2015). Diese Grafik findet sich auch in animierter Version im YT-Video Dark Piano - OCD [30].

6. Textgrafik:

> »Für politische Fragen des Gemeinwohls und damit für Demokratie lässt für viele die gegenwärtige Realität keinen Platz. Im Gegenteil: Abstiegsängste, Gefühle eines sozialen Kontrollverlustes, Ängste, die mit Gefühlen eines Identitätsverlustes und ähnlichem verbunden sind, lassen die Bereitschaft wachsen, Gefühle der Ohnmacht in dunklen menschlichen Kanälen rassistischer und nationalistischer Ressentiments zu entladen.
>
> Das Aufblühen des Rechtspopulismus ist also eine direkte Folge der vorhergegangenen Jahrzehnte neoliberaler Politik und Alternativlosigkeit. Zugleich sucht nun die neoliberale ‚Mitte‘ den von ihr beförderten Rechtspopulismus für eine weitere Angsterzeugung zu nutzen, um sich durch eine solche Drohkulisse bei Wahlen zu stabilisieren. Die systematische Erzeugung von Angst ist ja seit jeher ein wichtiges Herrschaftsinstrument.« (Zitat Prof. Dr. Rainer Mausfeld).

Foto: Screenshot aus einem Video, indem KenFm ein Gespräch mit Mausfeld führt.**Inletidee:** KN-Admin Helmut Schnug, **Bildbearbeitung** Wilfried Kahrs (WiKa).

7. »Wenn Geld des Steuerzahlers an Parteien und deren parteinahen Stiftungen fliesst, dann nennt man das Beihilfe zum Aktenverstecken, zur Elitenförderung und Entdemokratisierung oder einfach nur . . . Krötenwanderung« . **Foto OHNE Textinlet**: ZuluZulu / Hans-Joachim Müller-le Plat, Vechelde. **Quelle:** Pixabay [26]. Alle Pixabay-Inhalte dürfen kostenlos für kommerzielle und nicht-kommerzielle Anwendungen, genutzt werden - gedruckt und digital. Eine Genehmigung muß weder vom Bildautor noch von Pixabay eingeholt werden. Auch eine Quellenangabe ist nicht erforderlich. Pixabay-Inhalte dürfen verändert werden. Pixabay Lizenz [26]. >> Foto [31] (ohne Text). **Bildidee**: Helmut Schnug. **Bildbearbeitung**: Wilfried Kahrs (WiKa), QPress.

8. Medien in Deutschland: Deutsche Medien und Journalisten sind aus historischen Gründen besonders eng in

transatlantische Netzwerke eingebunden. Die Infografik gibt einen Uberblick über die wichtigsten Akteure und Verbindungen.

[19]Grafik: SWISS PROPAGANDA RESEARCH. >> **https://swprs.org/ [19]** >> Themenseite "MEDIEN IN DEUTSCHLAND [32]" mit Grafik, Quellenangaben, Hinweis zur Interpretation und Aktualisierungen. Publiziert: Mai 2017; Aktualisiert: September 2018. **ACHTUNG:** Die Verwendung dieser Grafik im Kritischen Netzwerk dient nur zu dokumentarischen Zwecken, die Rechte daran verbleiben allein bei SWISS PROPAGANDA RESEARCH!

9 . Der Medien-Navigator 2022: Wie sind deutschsprachige Medien politisch und geopolitisch positioniert? Für den Medien-Navigator 2022 wurden insgesamt 80 verschiedene Publikationen untersucht. (Aktualisiert: 2022).

Grafik: SWISS PROPAGANDA RESEARCH. >> **https://swprs.org/ [19]** >> Themenseite "MEDIEN IN DEUTSCHLAND [32]" mit Grafik, Quellenangaben, Hinweis zur Interpretation und Aktualisierungen. >>Medien-Navigator [33]. **ACHTUNG:** Die Verwendung dieser Grafik im Kritischen Netzwerk dient nur zu dokumentarischen Zwecken, die Rechte daran verbleiben allein bei SWISS PROPAGANDA RESEARCH!

Erläuterungen

Wie wurden die Medien klassifiziert? Die Einteilung erfolgte anhand einer Inhalts- und Netzwerk-Analyse der jeweiligen Publikationen. Für die Auswertung wurden insgesamt über 5000 Beiträge im Zeitraum zwischen 2018 und 2022 berücksichtigt.

Was bedeutet "NATO-konform"? Je NATO-konformer einer Medium, desto eher übernimmt es zu geopolitisch relevanten Themen und Ereignissen (Kriege, Konflikte, Terrorismus, weltpolitische Akteure, Zeitgeschichte, etc.) die transatlantische Darstellung oder Interpretation.

Was bedeutet "egalitär" und "konservativ"? Egalitäre Positionen betonen die Gleichheit aller Menschen (bzgl. Klassen, Ethnien, Sexualität, etc.). Konservative Positionen betonen traditionelle Werte und Strukturen (ökonomisch, gesellschaftlich, national, etc.).

Warum sind auch einige klassisch "linke" Medien als NATO-konform eingestuft? Der Navigator unterscheidet zwischen der politischen und der geopolitischen Ausrichtung. Ein Medium kann durchaus innen- und sozialpolitisch egalitäre Positionen vertreten, geopolitisch jedoch weitgehend NATO-konform berichten (z.B. "humanitäre" Militärinterventionen befürworten).

Was ist das Besondere an den Medien in der rechten Spalte des Navigators? Hierbei handelt es sich um deutschsprachige Ausgaben internationaler NATO-kritischer Medien.

---

10. NO EU! Die EU ist ein antidemokratisches, bürgerfeindliches und korruptes Regime. Europa ist weit mehr als die EU! JA zu EUROPA! - NO EU! The EU is an undemocratic, resident-unfriendly and corrupt regime. Europa is not merely EU, but rather! YES to EUROPE! **Bildidee**: Helmut Schnug. **Techn. Umsetzung**: Wilfried Kahrs.

11. Cover: "**Politicum Illustrati - Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren**" von Jochen Mitschka. **ISBN:** 978-3-96607-000-3. **Umfang:** 133 Seiten. Format: epub, pdf; Größe: 2,151 MB, 5,039 MB -**Einband:** Entfällt. **Erschienen** am 09.01.2019 im **NIBE Verlag** (Nikolaus Bettinger), NIBE Verlag, 52477 Alsdorf. Preis 2,99 EUR inkl. 7 % MwSt. zzgl. Vk.

> „Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren", ist ein Essay, das die These aufstellt, und versucht nachzuweisen, dass es in Deutschland keine Demokratie mehr gibt, wie sie vom Grundgesetz der Bundesrepublik einmal entworfen worden war.
>
> Das Buch beginnt mit einem kurzen Abriss über Teile der Geschichte des Grundgesetzes, kommt dann zum 1. Artikel und zeigt auf, warum schon dieser nicht mehr erfüllt wird. Es folgt eine Untersuchung der „Verantwortung des Eigentums", und einer „Gleichheit vor dem Gesetz". Ein wichtiger Teil ist der Nachweis, dass der Geist des Grundgesetzes, dass von „Deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen" darf, längst zugunsten von post-kolonialen Abenteuern ersetzt wurde. Dann folgt der Nachweis, dass die Privatsphäre systematisch unterminiert wurde, und dass der Schutz des Individuums vor dem Staat in sein Gegenteil verdreht wurde.
>
> Es folgt eine Überlegung, was aus der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie wurde, die einmal als Modell für die ganze Wirtschaft gedacht war. Dann stellt der Autor fest, dass es in Deutschland keine echte „Freiheit der Rede und der Meinung" mehr geben würde.
>
> Das Ganze kulminiert dann in der Feststellung, dass der Geist des Grundgesetzes längst verloren gegangen ist, eine Umverteilung von Unten nach Oben stattfindet, und Wahlen nur noch lächerliche Übungen zur Beruhigung der Massen sind.
>
> Der Autor glaubt nicht, dass es eine Chance gibt, dass ohne eine Katastrophe eine Veränderung eintreten

könnte. Zu fest verflochten ist der Parteienstaat mit der Wirtschaft und den Medien. Er nennt die Protagonisten dieses Systems die neue Aristokratie, die die Verwaltung der Untertanen und des Landes für die Herrscher besorgen, und damit ihren eigenen Status wahren. (Verlagstext!)

12. ***Swiss Propaganda Research*** (SPR) ist ein Forschungs- und Informationsprojekt zu geopolitischer Propaganda. Sämtliche Studien und Beiträge wurden von einer politisch und publizistisch unabhängigen Forschungsgruppe ohne Beauftragung oder Fremdfinanzierung erstellt.

Das Forschungsprojekt wurde 2016 lanciert und zählt inzwischen zu den bekanntesten Publikationen auf diesem Gebiet. Unsere Beiträge wurden in diverse Sprachen übersetzt, in mehreren Sachbüchern zitiert, sowie in zahlreichen Vorträgen verwendet (siehe Medienspiegel [34], Übersetzungen [35] und Leserbriefe [36]).

Die Mitglieder der Forschungsgruppe möchten persönliche Diffamierungen und berufliche Sanktionen vermeiden und haben sich deshalb entschieden, nicht namentlich aufzutreten. Wir bitten um Verständnis und sind zuversichtlich, dass die präsentierten Informationen für sich selbst sprechen können.

Grafik: SWISS PROPAGANDA RESEARCH (SPR). >> **https://swprs.org/ [19]** .

Quell-URL: https://kritisches-netzwerk.de/forum/der-parteien-staat-gewaltenteilung-existiert-deutschland-nur-auf-dem-papier

Links
[1] https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/7873%23comment-form
[2] https://kritisches-netzwerk.de/forum/der-parteien-staat-gewaltenteilung-existiert-deutschland-nur-auf-dem-papier
[3] https://dejure.org/gesetze/GG/97.html
[4] https://www.gewaltenteilung.de/
[5] https://de.wikipedia.org/wiki/Europarat
[6] https://de.wikipedia.org/wiki/Stephan_Harbarth
[7] https://de.wikipedia.org/wiki/Andreas_Vo%C3%9Fkuhle
[8] https://de.wikipedia.org/wiki/Roman_Herzog
[9] https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_M%C3%BCller_(Ministerpr%C3%A4sident)
[10] https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_M._Huber
[11] https://www.zeit.de/2018/47/bundesverfassungsgericht-stephan-harbarth-praesident-cdu-bundestagsabgeordneter
[12] https://www.lto.de/recht/justiz/j/bverfg-richter-parteinaehe-einfluss-entscheidungen-studie-uni-mannheim/
[13] https://dejure.org/gesetze/GG/20.html
[14] https://de.wikipedia.org/wiki/Bundeszentrale_f%C3%BCr_politische_Bildung
[15] http://www.bmz.de/de/index.html
[16] https://www.auswaertiges-amt.de/de/
[17] https://menschenrechtsindustrie.blogspot.com/
[18] https://jomenschenfreund.blogspot.com/2015/02/medien-zu-regulieren-wichtiger-als.html
[19] https://swprs.org/
[20] https://swprs.files.wordpress.com/2017/08/netzwerk-medien-deutschland-spr-mt.png
[21] https://i0.wp.com/swprs.org/wp-content/uploads/2022/02/spr-medien-navigator_2022.png?ssl=1
[22] https://www.rubikon.news/
[23] https://www.rubikon.news/artikel/der-parteien-staat
[24] https://www.rubikon.news/unterstuetzen
[25] https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de
[26] https://pixabay.com/de/service/license/
[27] https://pixabay.com/de/photos/ei-hammer-bedrohen-gewalt-angst-583163/
[28] https://pixabay.com/vectors/blindfolded-injustice-justice-lady-2025474/
[29] https://pixabay.com/photos/lady-justice-legal-law-justice-2388500/
[30] https://www.youtube.com/watch?v=ys7EIkX9elM&list=RDys7EIkX9elM&index=2
[31] https://pixabay.com/de/photos/natur-tier-kr%C3%B6tenwanderung-amphibie-3308414/
[32] https://swprs.org/netzwerk-medien-deutschland/
[33] https://swprs.org/medien-navigator/
[34] https://swprs.org/medienspiegel/
[35] https://swprs.org/medienspiegel/#uebersetzungen
[36] https://swprs.org/leserbriefe/
[37] https://kritisches-netzwerk.de/tags/andreas-vosskuhle
[38] https://kritisches-netzwerk.de/tags/art-20-gg
[39] https://kritisches-netzwerk.de/tags/art-97-gg
[40] https://kritisches-netzwerk.de/tags/beamtenapparat
[41] https://kritisches-netzwerk.de/tags/bmz
[42] https://kritisches-netzwerk.de/tags/bundesverfassungsgericht
[43] https://kritisches-netzwerk.de/tags/burgerbekampfung
[44] https://kritisches-netzwerk.de/tags/einflussnahme
[45] https://kritisches-netzwerk.de/tags/eliten
[46] https://kritisches-netzwerk.de/tags/elitendemokratie
[47] https://kritisches-netzwerk.de/tags/entrechtung

[48] https://kritisches-netzwerk.de/tags/exekutive
[49] https://kritisches-netzwerk.de/tags/exekutive-gewalt
[50] https://kritisches-netzwerk.de/tags/fassadendemokratie
[51] https://kritisches-netzwerk.de/tags/fraktionsdisziplin
[52] https://kritisches-netzwerk.de/tags/fraktionszwang
[53] https://kritisches-netzwerk.de/tags/gewaltenkontrolle
[54] https://kritisches-netzwerk.de/tags/gewaltenteilung
[55] https://kritisches-netzwerk.de/tags/gottin-der-gerechtigkeit
[56] https://kritisches-netzwerk.de/tags/herrschaftssystem
[57] https://kritisches-netzwerk.de/tags/horizontale-gewaltenteilung
[58] https://kritisches-netzwerk.de/tags/jochen-mitschka
[59] https://kritisches-netzwerk.de/tags/justitia
[60] https://kritisches-netzwerk.de/tags/justiz
[61] https://kritisches-netzwerk.de/tags/justizapparat
[62] https://kritisches-netzwerk.de/tags/jutta-limbach
[63] https://kritisches-netzwerk.de/tags/konditionierung
[64] https://kritisches-netzwerk.de/tags/legislative
[65] https://kritisches-netzwerk.de/tags/machteliten
[66] https://kritisches-netzwerk.de/tags/machtkartelle
[67] https://kritisches-netzwerk.de/tags/machtmissbrauch
[68] https://kritisches-netzwerk.de/tags/medienhuren
[69] https://kritisches-netzwerk.de/tags/nutzmenschhaltung
[70] https://kritisches-netzwerk.de/tags/offentlich-rechtlicher-rundfunk
[71] https://kritisches-netzwerk.de/tags/parteiendemokratie
[72] https://kritisches-netzwerk.de/tags/parteienkonsens
[73] https://kritisches-netzwerk.de/tags/parteien-staat
[74] https://kritisches-netzwerk.de/tags/parteienstaat
[75] https://kritisches-netzwerk.de/tags/parteistiftungen
[76] https://kritisches-netzwerk.de/tags/parteizugehorigkeit
[77] https://kritisches-netzwerk.de/tags/peter-m-huber
[78] https://kritisches-netzwerk.de/tags/peter-muller
[79] https://kritisches-netzwerk.de/tags/politische-stiftungen
[80] https://kritisches-netzwerk.de/tags/pseudodemokratie
[81] https://kritisches-netzwerk.de/tags/rechtsstaat
[82] https://kritisches-netzwerk.de/tags/rechtsstaatlichkeit
[83] https://kritisches-netzwerk.de/tags/rechtstreue
[84] https://kritisches-netzwerk.de/tags/richteramter
[85] https://kritisches-netzwerk.de/tags/roman-herzog
[86] https://kritisches-netzwerk.de/tags/scheindemokratie
[87] https://kritisches-netzwerk.de/tags/separations-power
[88] https://kritisches-netzwerk.de/tags/staatliche-gewalt
[89] https://kritisches-netzwerk.de/tags/staatsgewalt
[90] https://kritisches-netzwerk.de/tags/staatsmacht
[91] https://kritisches-netzwerk.de/tags/stephan-harbarth
[92] https://kritisches-netzwerk.de/tags/tendenzbetriebe
[93] https://kritisches-netzwerk.de/tags/udo-hochschild
[94] https://kritisches-netzwerk.de/tags/vasallentreue
[95] https://kritisches-netzwerk.de/tags/verfassungsgebot
[96] https://kritisches-netzwerk.de/tags/verfassungsrichter
[97] https://kritisches-netzwerk.de/tags/vertikale-gewaltenteilung
[98] https://kritisches-netzwerk.de/tags/vierte-gewalt